Nr. 309. — 1857.

Kölnische Zeitung.

Samstag, 7. November.

Verantwortlicher Redacteur: Heinrich Kruse in Köln.
Verleger: Jos. DuMont in Köln.
Drucker: M. DuMont-Schauberg, Breitestraße 76, 78.

Pränum.-Preis: in Köln 2 Thlr., in Preußen 2½ Thlr., im übrigen Deutschland 2½ Thlr. höchstens.
Ins.-Gebühr: 2 Sgr. für die Zeilenzeile oder deren Raum.

Uebersicht.

Deutschland. Berlin (Katholisches; die holsteinische Frage; der Prinz von Preußen; Graf Lavradio; Beförderungen in der Armee; topographische Vermessungen; die beiden deutschen Großmächte und Holstein; die „preußischen Jahrbücher"). München (Gräfin Marschall †; General-Staatsprocurator Heinz †; Eisbahn (Eisenbahn). Bonn (Kölnische Geschwaderschrift). Kassel (eine Beschlagnahme). Von der Elbe (das holsteinisch-Bundes-Contingent). Tönning (Telegraphen). Frankfurt (Julius Fröbel). Bremen (zur Bankfrage). Wien (Reduction der Armee; serbische Auswanderschaft; Oesterr. Ztg.; homöopathisches Spital; ungarische Schuld; Besteuerung).
Italien. Rom (das Kriegs-Ministerium; das päpstliche Heer; Patriarch von Antiochia †; Hr. v. Grammont). Mailand (Eisenbahnbau).
Belgien. Brüssel (Hr. Rogier; neues liberales Ministerium).
Frankreich. Paris (Orden-Verleihungen; Napoleon I. und die Felder; erzbischöfliche Ernennungen; Aug. v. Gasparin †; Entzweiendheit mit der Pforte; Hof-Nachrichten; Hr. v. Grammont; Hinter Asien; die Börse; Hr. v. Rothschild; Installation der Bischöfe; Reise des Kaisers).
Großbritannien. London (Reserve-Geschwader; Aufkommlinge aus Indien; China; der Leviathan; der Herzog von Cambridge und Earl Granville über Indien; das Parlament; der Geldmarkt; die Bank von England).
Dänemark. Kopenhagen (die jüngste Circular-Note).
Rußland. Petersburg (Marine; Studentisches Städtisches).
Griechenland. Athen (Ankunft der Königin; die Kammern).
Türkei. Konstantinopel (die Donau-Fürstenthümer; der Münzverwechsel; Schiffbrüche; Conferenzen wegen der Donau-Fürstenthümer; die Grenz-Regulirungen in Asien; der Ausschuß für Zollreform; Hinrichtungen in Montenegro).
America. New-York (die Landenge von Panama; die Finanz-Krisis; Präsident Commonfort).
Asien. (Die Aufständischen im Königreich Ruhh)

Die Kunst-Ausstellung in Brüssel.

Literatur und Kunst.

Vermischte, Locale, Handels- ꝛc. Nachrichten

Amtliche Nachrichten.

Berlin, 5. November.

Seine Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Regierungsrath Zikelmann bei der Bundestags-Gesandtschaft zu Frankfurt a. M. den Rothen Adler-Orden vierter Classe, so wie dem Küster und Schullehrer Hillmann zu Schlenzer, im Kreise Jüterbogk-Luckenwalde, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; desgleichen den Ober-Tribunalsrath Decker zum Mitglied des Staatsraths und zum Mitglieder des Gerichtshofes zur Entscheidung der Competenz-Conflicte zu ernennen.

Deutschland.

* **Berlin**, 5. Nov. Die National-Zeitung will die Politik des berliner Friedens von 1850 verlassen wissen. Sie schreibt in einem Artikel über die holsteinische Sache am Bunde: „Wir müssen nach einer anderen Grundlage für den Frieden mit Dänemark suchen, nachdem die zuerst passend benutzene ihre Verwerflichkeit außer Zweifel gestellt hat. Es war ein Traum, den Rest der holsteinischen Landesrechte zu retten, nachdem man das Beste desselben, die Selbstständigkeit des Landes, fein Recht auf die Verbindung mit Schleswig und das mit diesem gemeinschaftliche Erbfolgerecht leichtsinnig verstört hatte; mit wachenden Sinnen muß man an den Neuen gehen. Sieht man jetzt, wie in allen Aktenstücken mit ängstlicher Scheu gemieden wird, den Namen Schleswigs auch nur zu nennen, so könnte man zu zweifeln anfangen, ob es in Deutschland noch nationales Ehrgefühl gibt. Nicht für Holstein, sondern für Schleswig-Holstein war Deutschland in den Krieg gegangen und das verschwisterte Recht dieser beiden Länder von allen deutschen Regierungen, den ältesten wie der neuesten, auf das feierlichste anerkannt worden. Man konnte denn auch bei den Friedens-Verhandlungen Schleswigs nicht ganz vergessen, da es allzu unedel gewesen wäre, ein kleines Land, das man mit in den Kampf gezogen hatte, geschlossen und besiegungslos der Rache des Feindes in die Hände zu treiben. Es fand denn wenigstens eine flüchtige Erinnerung an Schleswig in den diplomatischen Verhandlungen zwischen den deutschen und der dänischen Regierung Platz, und man sollte meinen, daß die dieses Land betreffenden Verabredungen so gut zu den Friedens-Bedingungen gehörten, wie irgend eine andere Abrede, die damals getroffen wurde. Man hält sich aber jetzt berechtigt, von Schleswig zu schweigen oder, wo man dieses Namens gedenkt, ein Gerede darüber zu machen, daß die Grenze des deutschen Bundesgebietes nicht über die Eider reiche. Was für Anschichte sind das! Handelt es sich denn hier nicht um den von Dänemark nicht ausgesührten Frieden, und hat Deutschland nicht erst in eben diesem Frieden Holsteins und damit sein eigenes Recht auf Schleswig an die Dänen ausgeliefert, so daß dieses Opfer deutscher Rechte so gut wie jedes andere in dem Augenblick an uns zurückfällt, wo wir die Friedens-Bedingungen durch Dänemark gebrochen erklären und uns daran begeben, über einen neuen Friedensschlaß zu verhandeln? Nur ganz, nicht stückweise können wir das Verlorene zurückholen." So sehr wir von der Unverjährbarkeit der Rechte Schleswig-Holsteins überzeugt sind, so scheint uns jetzt die Zeit noch nicht gekommen, sie geltend zu machen. Was wollen wir? Etwas erreichen. Denn sonst könnten wir uns ja nach wie vor auf Protestationen beschränken. Nun, wenn wir Etwas erreichen wollen, so müssen wir nicht Alles fordern. Im Gegentheil, wir können nicht genug hervorheben, daß es sich jetzt um Schleswig-Holstein gar nicht handle, daß es lächerlich, bornirt, albernes Geschwätz sei, wenn z. B. in Stockholm die Blätter aller Farben wieder von deutscher Eroberungslust faseln; daß es sich für jetzt bloß um Erfüllung noch so eben vertragsmäßig von Dänemark übernommener Verpflichtungen für ein deutsches Bundesgebiet handle, nicht im Einsernsten von äußerer Politik, sondern von einer inneren Bundes-Angelegenheit. Diese für den Augenblick weise Beschränkung trägt bereits ihre Früchte. So lange wir von Schleswig-Holstein sprachen, hatten wir alle Welt wider uns; jetzt, da wir nur von Holstein und Lauenburg, von Bundesgebiet und Bundesrecht reden, neigen sich diese die Regierungen, sondern auch die öffentliche Meinung auf unsere Seite. So schreibt jetzt selbst der toryistische Herald. „Die Beschwerden der Herzogthümer sind wirkliche Beschwerden, und da ihre von der Gesammtstaats-Verfassung ignorirten Rechte sich auf die klarsten Bestimmungen des Staatsrechtes gründen, so kann die Entscheidung des deutschen Bundes über die ihm vorgelegende Frage nicht im Entferntesten zweifelhaft sein. Falls das Cabinet von Kopenhagen hartnäckig bleibt und eine Executions-Armee in die Herzogthümer einrückt, so wird Dänemark weichen und das an die Gewalt des Stärkeren herausgeben müssen, worauf es keinen Schatten eines Besitzrechtes hat; und damit hätte der Kampf ein Ende. Die Gesahr liegt nur in der Möglichkeit auswärtiger Einmischung. Nun könnten zwar England, Frankreich und Rußland das militärische Einschreiten des Bundes nicht eben mit gleichgültigen Augen ansehen; aber es ist doch mehr als zweifelhaft, ob sie dagegen treten würden, so lange der Bund sich darauf beschränkt, die vertragsmäßigen und herkommlichen Rechte der Herzogthümer zu wahren. Keine der genannten Mächte kann das aggressive und ungesetzliche Vorgehen Dänemarks billigen wollen, wie sehr sie auch entschlossen sein dürften, die dänischen Souveränetäts-Rechte über die Herzogthümer unverletzt aufrecht zu halten, falls Holstein und Lauenburg oder der Bund so übel beraten wären, ihre defensive Stellung mit einer offensiven zu vertauschen und die Zerreißung des Verbandes mit Dänemark zu versuchen."

Se. Königliche Hoheit, der Prinz von Preußen, welcher heute Morgens von Potsdam in Berlin eintraf, wurde auf dem potsdamer Bahnhofe von dem Herrn Minister-Präsidenten empfangen, der dann im Königl. Marie-Salon Vortrag hatte. Der Prinz begab sich darauf in sein Palais, nahm hier zunächst den Vortrag des Geh. Cabinetsrathes Illaire entgegen und arbeitete da m mit dem Kriegs-Minister und dem Obersten v. Manteuffel. Nach 1 Uhr empfing Se. Königl. Hoheit den königl. portugiesischen Gesandten in außerordentlicher Mission, Grafen v. Lavradio, der von seinem Souverain beauftragt ist, die Genehmigung Sr. Maj. des Königs als Chef des Gesammthauses Hohenzollern zur Vermählung Allerhöchstdesselben mit Ihrer Hoheit der Prinzessin Stephanie von Hohenzollern zu erbitten. Wie wir hören, gibt Se. Königl. Hoh. der Prinz von Preußen morgen Tafel aus Veranlassung der Anwesenheit dieses außerordentlichen Gesandten.

Der R. Pr. Ztg. zufolge haben mehrere Beförderungen in den höheren Stellen der Armee Statt gefunden. Zu General-Lieutenants: der General-Major und Commandeur der 9. Division, v. Schöler, der General-Major und Commandeur der 11. Division, v. Schlichting, und der General-Major und Commandeur der 16. Division, Baron von der Goltz. Zu General-Majors: der Oberst und Commandeur der 12. Infanterie-Brigade, Kirchfeld, der Oberst und Commandeur der 25. Infanterie-Brigade, v. Sydow, der Oberst und Commandeur der 1. Infanterie-Brigade, v. Borcke, der Oberst und Commandeur der 1. Cavallerie-Brigade, von Riedel und der Oberst und Commandeur der 30. Infanterie-Brigade, v. Winzingerode. Die R. Pr. Ztg. kann hinzufügen und glauben, daß dies nicht ohne besonderes Interesse ist, daß alle diese Beförderungen von Sr. Maj. dem Könige bereits vor Allerhöchstdessen Erkrankung genehmigt waren und am 15. Oct. erfolgen sollten. In besonderer Berücksichtigung dieser Allerhöchsten Intention haben Se. Königliche Hoheit der Prinz von Preußen befohlen, daß diese Beförderungen so angesehen werden sollen, als seien sie bereits am 15. October erfolgt."

Nachdem die topographischen Vermessungen im Regierungs-Bezirke Magdeburg für dieses Jahr beendigt worden sind, sind die dazu commandirt gewesenen Officiere des großen Generalstabes wieder hieher zurückgekehrt.

± **Berlin**, 5. Nov. Der Streit über die Frage, welche von den beiden deutschen Großmächten das Vorgehen am Bunde am bereitwilligsten gefördert habe, hat glücklicher Weise jetzt nur noch ein fast historisches Interesse. Aber es hat hier doch Heiterkeit erregt, daß wiener Correspondenzen zu verstehen gaben wollen, Oesterreich habe gegen Ende September zuerst auf die Vorlage gedrungen, und erst dann habe sich Preußen dazu entschlossen. Das Ihnen vor einigen Tagen gemeldete, geradezu entgegengesetzte Verhältniß muß als das richtige angesehen werden. Wir wollen nicht weiter untersuchen, ob wirklich eine österreichische Depesche vom Ende September existirt, die noch sehr ausweichend lautet. Aber von guter Seite wird versichert, daß, einem Berichte des preußischen Geschäftsträgers in Wien zufolge, eine Unterredung mit dem Baron Werther jedenfalls den Eindruck machte, daß man in Wien von dem preußischen Vorgehen einiger Maßen überrascht war, auf die Rückfrage des Grafen Buol warten wollte u. s. w. Im Uebrigen erfuhr man gleich nach der Ankunft des Grafen Buol in Frankfurt, daß jetzt zu handeln sei. — Und so möge denn der fragliche Streit auf sich beruhen. — Die Mitarbeiter der Preußischen Jahrbücher (Organ der Linken des Landtages) gelangte Programm zeigt an, daß mit dem Januar nächsten Jahres im Verlage von Georg Reimer in Berlin monatlich ein Heft von durchschnittlich sieben Bogen großen Octav-Formats dieser Zeitschrift ausgegeben werden soll. Die Aufgabe und die Richtung werden in der klaren und durchsichtigen Form, wie man sie bei dem künftigen Herausgeber, D. Hahn, gewohnt ist, entwickelt. Eine erfreulich große Anzahl von Mitarbeitern aus allen Gegenden Deutschlands, aus allen Kreisen der Wissenschaft wie des praktischen Lebens ist für das Unternehmen gewonnen worden.

München, 3. Nov. Die seit langen Jahren hier lebende k. k. österreichische Palastdame Elise Gräfin v. Marschall ist heute Morgens in dem seltenen hohen Alter von 91 Jahren gestorben. Auch der oberste Gerichtshof des Königreichs hat wieder einen herben Verlust erlitten durch den Tod seines ältesten Rathes und functionirenden General-Staats-Procurators am k. Cassationshofe für die Pfalz bahier, Karl Philipp Bellinger, Ritter des Verdienst-Ordens vom h. Michael. Der Verstorbene erreichte das 73. Lebensjahr und war trotz dieses hohen Alters noch immer thätig in seinem hohen Berufe. Er hinterläßt den Namen eines Ehrenmannes. (Fr. Postz.)

Lindau, 1. Nov. Mit den Projections-Arbeiten der Bodensee-Gürtelbahn wird in den nächsten Tagen begonnen werden. Mit denselben ist von Seiten der österreichischen Regierung der k. k. Ober-Ingenieur Hr. Dremer betraut. (K. u. v. f. D.)

Rom Marz, 3. Nov. Eine Ausstellung der Beschwerdepuncte der Stände Holsteins gegen die dänische Regierung gelangte nebst einer erläuternden Denkschrift guten Bernehmen nach bereits vor einiger Zeit an die deutschen Bundes-Regierungen sowohl, wie an die Bundestags-Gesandtschaften in Frankfurt. Die Beschwerdeschrift selbst besteht aus, wie man versichert, manchem in den Händen eines frankfurter Anwaltes und wird von diesen bei der Bundes-Versammlung, wie deren Geschäfts-Ordnung es bestimmt, eingereicht werden. Ihre Vorlage dürfte schon in einer der nächsten Sitzungen erfolgen. (K. u. v. f. D.)

Kassel, 28. Oct. Große Sensation hat hier die vor einigen Tagen erfolgte polizeiliche Confiscation des im Verlage von Oswald Bertram erschienenen Kasseler Sonntagsblattes gemacht. Dasselbe brachte nämlich einen Auszug aus der in demselben Verlage erschienenen und zur Versendung bereits fertig liegenden „Geschichte der Insurrection wider das westfälische Gouvernement" von Karl Lynker. In diesem Werke des verstorbenen hessischen Historikers, aus dessen Nachlaß es publicirt wurde, wird erzählt, wie zuerst die altheßischen Soldaten, nicht in offener Schlacht, sondern durch Verrath überwunden, die Waffen ergriffen und den Feind Drucksländs vereinzelt und darum vergebens zu bekämpfen suchten, wie dann Dörnberg, in Verbindung mit Männern wie Stein, Guelsenan, Scharnhorst, einen großartigen Plan zur Abschüttelung des westfälischen Joches entwarf und leitete; wie aber durch die vorzeitige Eile, mit der der Aufstand zum Ausbruch kam und durch Verrätherei in der Hauptstadt selbst die Patrioten entdeckt und unterdrückt wurden, die dann durch den Fall Emmerichs in Marburg die vollständige Beseitigung der Fremdherrschaft entschieden war. Nicht nur das Sonntagsblatt, welches jene Auszüge brachte, sondern auch das Werk, aus welchem sie genommen sind, ward polizeilich mit Beschlag belegt, und der Verleger unter Anklage gestellt. Der Staats-Procurator wies zwar die Anklage zurück, allein der General-Staats-Procurator hielt die Anklage aufrecht und beauftragte den Staats-Procurator mündlich, dieselbe zu verfolgen. Derselbe hat darauf aber schriftlich nicht nur die vollständige juristische Unmöglichkeit der Verfolgung nachgewiesen, sondern auch noch ganz besonders darauf hingewiesen, daß man der Verhandlungen Gelegenheit geben würde, diejenigen anstößigen Dinge, die in dem Buche immer noch schonend mitgetheilt seien, rücksichtslos aufzudecken und endlich, daß sich kein hessischer Gerichtshof herbeilassen würde ein verdammendes Urtheil zu fällen. Man ist auf den Ausgang dieser Sache sehr gespannt. (B. f. N.)

Von der Elbe, 2. Nov. Es erscheint an der Zeit, einmal einen Blick auf den gegenwärtigen Zustand des sogegenannten holstein-lauenburgischen Bundes-Contingents zu werfen. Nachdem die schleswig-holsteinische Armee unter wesentlicher Mitwirkung des preußischen und des österreichischen Commissars, General-Lieutenants von Zühmen und des General-Majors Grafen von Mensdorff-Pouilly, als deutscher Bundes-Commissare, im Jahre 1851 aufgelöst worden war, wurden aus den holsteinischen und lauenburgischen Soldaten und Unterofficieren derselben Bataillone und Schwadronen gebildet, die des holstein-lauenburgische Bundes-Contingent repräsentiren sollten. Anstatt der von der Amnestie ausgeschlossenen und exilirten vorwärtlich einheimischen Officiere, so wie der seit dem Beginn des Krieges zu Officieren in der schleswig-holsteinischen Armee avancirten Inländer und der während der drei Kriegsjahre in dieselbe eingetretenen fremden Officiere (der Mehrzahl nach Preußen und Hannoveraner) wurden, mit Ausnahme einiger in dem neu formirten Heereshelle gebliebenen oder vielmehr gelassenen Subaltern-Officiere, ausschließlich geborne Dänen oder bei den Dänen gebliebene Officiere an die Spitze derselben gestellt und dänisches Commando, die Danebrog-Fahne, der dänische Militär-Codex u. s. w. bei ihnen eingeführt, kurz, sie ganz nach dem Muster der übrigen dänischen Heereshelle umgebildet. Nachdem das treffliche und außerordentlich wechselvolle Inventarium der schleswig-holsteinischen Armee und Marine, Pickelhauben, Käppis, Spitzkugel-Gewehre, Minié-Büchsen, Uniformen, Munition, Schiffe u. s. w. nach Kopenhagen und resp. in die dortigen Zeughäuser hinübergeschleppt und theilweise zu Spottpreisen verkauft war, wurden auch die Heereskörper selber nach Seeland, resp. Kopenhagen und Helsingör verlegt, wo sie sich jetzt noch befinden. Anstatt dessen schickte man nach Holstein national-dänische Truppen, deren Officiere sich noch immer nicht mit der Bevölkerung Holsteins befreunden können, während die gemeinen Soldaten, obgleich der deutschen Sprache unkundig, doch durch ihr schlichtes, gutmüthiges Wesen wenigstens keine Abneigung bei derselben finden. Die holsteinische Bevölkerung sieht in der dänischen Garnison die militärischen Repräsentanten ihrer Unterdrücker, die dänische, zumal die kopenhagener, aber in den Truppen aus Holstein mehr oder minder geschärfte Widersacher ihrer nationalen Entwicklung. Als nun vor einigen Jahren das holsteinisch-lauenburgische Contingent als Theil des 10. deutschen Bundes-Armee-Corps an dessen Manövern im Hannoverschen Theil nehmen sollte, weigerte sich die dänische Regierung, die kopenhagener und helsingöraer Garnison dahin zu senden, angeblich, weil dies zur Verbreitung der damals in Kopenhagen grassirenden Cholera, die als Vorwand herhalten und als Deus ex machina fungiren mußte, beitragen könnte. Und der deutsche Bund ließ es sich gefallen, daß dieses sogenannte Bundes-Contingent, das freilich nur für einen Wenjelsdalg eines solchen gelten kann, von den Bundes-Corps-Manövern wegblieb. Sollte es nun nicht an der Zeit sein, an eine Abstellung dieses Mißverhältnisses zu denken? (Nat.-Ztg.)

Tönning, 1. Nov. Ueber die Anlage des submarinen Telegraphen von England auf hier erfahren wir zufällig, daß Helgoland die Haupt-Station sein soll. Von dort aus beabsichtigt man, nicht allein Drähte nach unserer Westküste zu legen, sondern auch nach Hamburg und verschiedenen anderen deutschen Staaten, für welchen Zweck die nöthigen Unterhandlungen im Gange sind. (Nat.-Ztg.)

Aus Frankfurt vom 2. Nov. schreibt man der Kölnischen Frankfurt in Conflict mit der Regierung der Vereinigten Staaten! — das ist die wichtigste Nachricht, die ich Ihnen heute melde. Seit einiger Zeit nämlich weilt hier der aus dem Jahre 1848 bekannte Julius Fröbel mit seiner Familie, wie man sagt, literarisch thätig. Jetzt hat die hiesige Polizei-Behörde, wahrscheinlich zur Vermeidung von Einsprachen anderer deutscher Regierungen, Fröbel die Erlaubniß zu längerem Aufenthalte in der Stadt verweigert und auf den Nachweis der Erkrankung seines einzigen Kindes dieselbe nur bis zu dessen erfolgter Wiedergenesung ertheilt, nachdem ein Polizei-Officiant sich von der Richtigkeit der Angabe über den Zustand des Kindes hatte übergeugen müssen. Fröbel wandte sich hierauf als americanischer Bürger an das hiesige americanische Consulat, welches sich alsbald mit unserer Staats-Behörde in Verrichten setzte; da jedoch der Vater der Weigerung beharrte, so hat Herr Consul Meeker mit dem förmlichen Abbruch der Geschäfts-Beziehungen zwischen ihm und der freien Stadt Frankfurt gedroht."

Bremen, 31. Oct. Das hiesige Handelsblatt schreibt: „Der Termin, nach welchem der Umsatz ausländischer Banknoten in Preußen, ohne Rücksicht auf die Größe der Appoints, ganz allgemein verboten sein wird, rückt immer näher heran. Anderseits machen manche dieser Anstalten allerlei Versuche, um die Circulation ihrer Noten und die Bezahlung der Einlösung derselben zu befördern. Bei dieser Sachlage ist es natürlich, daß man mit steigendem Interesse den von der preußischen Regierung in Aussicht gestellten Verhandlungen einer Conferenz von Abgeordneten der Zollvereins-Staaten, um für die Verhältnisse der Papiergeld- und Banknoten-Circulation die Anerkennung übereinstimmender Grundsätze oder selbst, soweit thunlich, eine gemeinsame Regulirung herbeizuführen, entgegensieht. Statt jetzt schon den Plan eines umfassenden und in vielen Specialitäten eingehenden deutschen Bankgesetzes weitläufig zu erörtern, wo vielfache Desideren zur Sprache zu bringen, sind zunächst nur einige wenige Hauptpuncte hervorzuheben, deren möglichst allgemeine und einstimmende Durchführung vor Allem wünschenswerth ist und zugleich schon jetzt erreichbar erscheint, diese Puncte aber auch dann mit desto größerem Nachdruck geltend zu machen. In diesen Puncten zählen wir vornehmlich folgende zwei Bestimmungen: 1) Sämmtlichen Bank-Instituten aus erzeugte die unbedingte Verpflichtung anzuerlegen, die ihnen präsentirten eigenen Noten in den Geschäftsstunden sofort und nunmerbiechen gegen baare Ein- oder Zwei-Thalerstücke umzuwechseln, dagegen die Umwechslung gegen Drittel- oder Sechstel-Thalerstücke für unstatthaft zu erklären; 2) den Banken die Emission von Noten in Appoints unter 10 Thlr. zu untersagen, und auch, wo ebenen der Regierung Papiergeld ausgegeben wird, die Emission von Appoints zu 1 oder 5 Thlr. keinenfalls weiter ausdehnen, sondern selbige, so viel als irgend thunlich, allmählich einzuschränken. Wenn diese beiden Bestimmungen zur Geltung gebracht werden könnten, würde nach unserem Dafürhalten schon eine wesentliche Schutzwehr im Interesse des deutschen Geldwesens hergestellt werden. Die Ausdehnung der größeren Theilstücke der Thaler hat offenbar einzig und allein den Zweck, zur Erleichterung solcher Zahlungen zwischen Mann und Mann zu dienen, welche der Natur der Sache nach durch Thalerstücke nicht beschafft werden können, und es ist ein evidenter Mißbrauch, wenn Bank-Institute solche kleinere Münzsorten absichtlich in größeren Summen anzusammeln, um die Einlösung ihrer Noten zu erschweren, wodurch sie sowohl einen künstlich gesteigerten Papiergeld-Umlauf und die sich daran knüpfenden Gefahren herbeiführen helfen, als auch den täglichen Verkehr die zu einer bequemen Zuskennandersetzung bei allen Zahlungen erforderlichen Mittel empfindlich erschweren. Was die zweite von uns gewünschte gemeinsame Bestimmung für alle deutschen Bank-Institute anlangt, daß nämlich die Appoints der zu emittirenden Banknoten auf mindestens 10 Thlr. gestellt werden müßten, so ist in dieser Beziehung die preußische Regierung mit einer solchen Verordnung schon vorangegangen, und es kommt nur darauf an, daß die übrigen deutschen Staaten sich dem anschließen. In England ist der niedrigste Betrag einer Banknote 5 Pf. St. (etwa 32 Thlr.), und noch bei den letzten Berathungen war von dem für die Bank-Acte niedergesetzten Parlaments-Ausschuße in diesem Jahre. Haben die deßhalb Befragten, so sehr auch einige derselben dem Principe der Bankfreiheit huldigen, sich sämmtlich entschieden dahin ausgesprochen, daß das Verbot kleinerer Banknoten sich als sehr heilsam erwiesen habe."

† **Wien**, 4. Nov. Es liegt uns heute ein interessantes Aktenstück vor; es ist dies der Anklage-Act der belgrader Polizei-Präfectur gegen die des Attentates auf das Leben des Fürsten beschuldigten Verschwörer. Wir entnehmen der Schrift folgende Stellen:

Anfangs ist eine grauenvolle Verschwörung entdeckt worden, welche nicht nur gegen das Leben unseres gnädigsten Herrn und Fürsten gerichtet, sondern auch auf den Ruin unseres Vaterlandes berechnet war. Die Haupt-Verschwörer sind die Herren: Stefan Stefanovitch, Senats-Präsident, General-Major und Ritter; Panta Jankovitsch, Senats-Mitglied, Oberst und Ritter; Radowan Damjanowitsch, Senats-Mitglied, Oberst und Ritter; Paul Stanisitsch, Senats-Mitglied, Oberst und Ritter; Jwanko Rajovitsch, Präsident des obersten Cassationshofes. Dieselben haben beschlossen, daß der regierende Herr und Fürst gemordet werde. Bei der Frage, wen sie dann zum Fürsten genommen hätten, gestehen sie selbst, daß sie keine Hoffnung für einen zweckmäßigen Prinzen hatten; die Familie Karadjorjewitsch schließen sie aus, die der Obrenowitsch wünschten sie nicht. Die Mitschuldigen hätten den schlimmen Gedanken haben, das Volk als den Mörder des Fürsten zu proclamiren, weil sie später beschlossen, einen Menschen zu suchen und wenn Sie Durchlaucht in die Brestowacher Banja (Bad) abreist, ihn hinzuschicken, daß er den Fürsten ermorden und sich auf diese Art die Kunde verbreite, das Volk habe ihn aus Erbitterung ermordet.

Die Anklageschrift erzählt dann weiter, daß die Verschwörer, welche zur Ausführung ihres Planes Geld brauchten, aber als „Egoistische und Geizige" nichts aus ihrem Eigenen aufgeben wollten, sich heimlich mit dem Fürsten Milosch in Verbindung setzten, ohne daß sie jedoch die Absicht hatten, ihn als Fürsten zu berufen, weil er (Milosch) „jetzt schlechter als ein kleines Kind sei". Milosch, den falschen Vorspiegelungen trauend, ging in die Falle und überschickte durch seinen Agenten D. Barzett 5000 Stück Ducaten nach Belgrad. Das Geld wurde unter den Verschwörern vertheilt, und man machte sich nun daran, einen Mann zu suchen, der den Morodjan ausführen werde. Der Senator Radowan Damjanowitsch nahm sich der Sache an, und seine Wahl fiel auf einen gewissen Milosav Petrovitsch, welcher schon vor einigen Jahren einen Menschen ermordet hatte und nun flüchtig herumtrieb. Milosav, durch lockende Versprechungen gewendet, schlug ein und versprach, den Fürsten zu ermorden. Radowan Damjanowitsch versorgte ihm einen Paß und eine Schießwaffe, und nichts stand der Ausführung der That im Wege, wenn nicht die Verschwörung noch rechtzeitig entdeckt worden wäre. Ueber die Umstände, welche diese Entdeckung herbeiführten, wird uns hoffentlich der Schluß der anhängigen Acte, die noch nicht vorliegt, Aufschluß geben.

* **Wien**, 4. Nov. Oesterreich wäre durch die eigene Finanznoth zur theilweisen Entlassung seines großen stehenden Heeres genöthigt gewesen, selbst wenn Rußland und Frankreich mit dieser weisen Maßregel nicht vorangegangen wären. Um so beruhigter schreitet jetzt auch Oesterreich zur Reduction seiner Armee. Die Oesterreichische Zeitung schreibt darüber: „Es ist gewiß gerechtfertigt, daß die großen Armeen verringert werden, falls man Ursache hat, anzunehmen, daß der europäische Friede nicht wird gestört werden. Wir glauben, daß man für diese Annahme soweit menschliche Voraussicht verläßlich ist, die besten Gründe hat. Aber man wird allmählich zu der Einsicht gelangen, daß selbst, wenn man nicht die festeste Friedens-Zuversicht hat, eine Armee-Reduction doch öfter an ihrem Platze ist. Die moderne Kriegsführung, welche durch massenhafte Ansammlung von Kräften Entscheidungen binnen kurzen Fristen erzwingt, welche sieben- und dreißigjährige Kriege nicht mehr gelten läßt, erfordert ein System, welches im Augenblick der Gefahr die höchste Machtanschwellung zuläßt. Die Oekonomie dieses Systems muß darauf beruhen, durch die größte Schonung der Kräfte im Frieden die größte Anstrengung derselben im Kriege möglich zu machen. Die Kunst, während 10 Friedensjahre 200,000 Mann auf den Beinen zu halten und bei ausbrechendem Kriege mit 600,000 Mann ins Feld zu rücken, mit vollen Cassen und geschontem Credit der Gefahr ins Auge zu blicken, muß als das Ideal dieser neuen Richtung betrachtet werden. Kaiser Nikolaus, welcher der alten Schule der Kriegsführung angehörte, hatte stets eine ungeheure Armee unter den Waffen, war unermüdlich in deren Ausbildung, und erlebte dennoch, auf dem Boden des eigenen Reiches von 50,000 Mann fremder Truppen angegriffen und geschlagen zu werden. Hätte er nur eine halb so große Armee erhalten und die andere Hälfte als Arbeiter an Eisenbahnen verwandt, so wäre eine Belagerung Sebastopols unmöglich geworden. Wollte Preußen eine Armee auf den Beinen halten, so groß wie Rußland, so würde es binnen 10 Jahren vor Ueber-Anstrengung zusammensinken. Das richtige Maß der Wehrkraft eines Volkes zeigt aber vor Allem die Nährkraft desselben. Nur das Heer, welches es ohne Zuhülfenahme fremder Kraft erhalten kann, ist ihm angemessen. Von dem Momente an, wo dieses Maß überschritten wird, beginnt eine Erschöpfung der Kräfte, welche früher oder später, aber mit der Gewißheit einer natürlichen Consequenz hervortreten muß."

Ein Buchhändler schreibt der Ostdeutschen Post: „Der §. 6 des Stempel-Gesetzes untersagt alle Ankündigungs- und Anzeigeblätter, welche nicht als Bestandtheil einer Zeitschrift ausgegeben werden, der für die Zeitungen ausgesetzten Stempelgebühr. Versehen wir diesen Paragraphen recht, so werden also alle Brief-Ankündigungen, wie sie häufig auf zahlosen Blättern verbreitet werden, mit einem Kreuzer jedes einzelne Blatt taxirt. Für jedes Buch, das erscheinen soll oder erscheint, drucken der Verleger solche Ankündigungen nach Tausenden und versendet sie in alle Welt, um sein Buch bekannt zu machen. Werden diese Ankündigungen alle gestempelt, so würden sie häufig so viel, als der Werth der ganzen Auflage des Buches beträgt, an Stempelgebühren kosten."

In dem eine Viertelstunde von hier entfernten Gechshaus ist ein homöopathisches Spital gegründet worden. Eines besteht bereits hier seit Jahren in der Leopoldstadt unter der Leitung des D. Fleischmann. In beiden versehen die barmherzigen Schwestern die Krankenpflege. Das sechzehnbettige Spital, für 160 Kranke, war bis ... ein allopathisches. Zum Ordinarius des neuen Spitals ist „Homöopath D. Miller ernannt.

Auch in Betreff der Volksbildung hat die österreichische Regierung in Ungarn seit einigen Jahren die namhaftesten Verbesserungen eingeführt. Der verbesserte Unterrichts-Plan, welcher für Haupt- und Trivialschulen in den deutsch-slawischen Ländern eingeführt werden war, wurde mit dem besten Erfolge auch auf die ungarischen Schulen übertragen. Auch in Ungarn sind demnach die höheren Elementarschulen zu Hauptschulen mit aber abgetheilten Classen eingerichtet und allen Trivialschulen das Hauptziel der drei ersten Hauptschul-Classen vorgesteckt worden. Nach diesem Plane sind bereits an 100 höhere Elementarschulen in Ungarn als Hauptschulen mit vier Classen vollkommen gebildet. In anderen Orten, namentlich in größeren Städten und Märkten, werden die